

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

62 (19.12.1947)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.20, monatlicher Bezugspreis RM 35.00 (inkl. RM 3.00 Trägerrückgabe, bei Zustellung durch die Post RM 1.40 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpr.: Die 35 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.20; Pfalzheim Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanfrage RM 2.—; Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 62

Freitag, den 19. Dezember 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Erklärung des Wirtschaftsrats

Frankfurt, 18. Dez. (Dena.) Ihr Bedauern über das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz und Ihren festen Willen, alle Wege zur Einheit Deutschlands offenhalten, sprach die Vollversammlung des Zweizonenwirtschaftsrates in einer vom Hauptgeschäftsausgänger und von Präsident Dr. Erich Köhler verlesenen Erklärung aus. Sie gab der Öffnung Ausdruck, daß dieser Grundsatz in allen Zonen Deutschlands ebenso beachtet werde. Im Interesse einer wirksamen und erfolgreichen Arbeit müßten die bizonalen Behörden wohl weiter entwickelt werden, jedoch so, daß die künftige Staats- und verfassungsrechtliche Lage Deutschlands nicht präjudiziert werde.

Allerdings stimmte der Rat nicht über einen Zusatzantrag der KPD ab, in dem gefordert wurde, der vorstehenden Erklärung anzufügen, daß kein Mitglied des Wirtschaftsrates an Besprechungen teilnehmen werde, welche die Bildung eines westdeutschen Staates oder einer westdeutschen Regierung zum Ziele hätten. Da der Rat über diesen Antrag nicht abstimmt, erklärte der KPD-Fraktionsvorsitzende Max Reimann unter Protest der übrigen Fraktionen, der Wirtschaftsrats habe somit sein Einverständnis mit solchen Besprechungen gegeben.

Noch über 2 Mill. Kriegsgefangene

Hamburg, 18. Dez. (Dena.) Nach Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes befinden sich zur Zeit noch 190 000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 400 000 in Frankreich, 300 000 in Großbritannien, 40 000 in Polen, 10 000 in Jugoslawien und 10 000 in der Tschechoslowakei. Holland, Belgien und Luxemburg haben alle deutschen Kriegsgefangenen entlassen.

Kanadisches Auswanderungsbüro

Berlin, 18. Dez. (Dena.) Ein kanadisches Auswanderungsbüro wurde kürzlich in Heidelberg eröffnet. Für Deutsche ist zur Auswanderung nach Kanada ein Einwanderungsantrag ihrer Angehörigen in Kanada erforderlich, in dem der Antragsteller nachweisen muß, daß er in der Lage ist, für den deutschen Auswanderer zu sorgen. Deutschen, die mit kanadischen Staatsangehörigen verheiratet sind, werden die zur Auswanderung notwendigen Papiere ausgestellt, nachdem ein Antrag für sie in Kanada gestellt worden ist. Vor Auswanderung der Auswanderungspapiere ist eine Untersuchung des Gesundheitszustandes der Auswanderungswilligen und eine Überprüfung ihrer Personalkarte erforderlich. Nach kanadischen Gesetzen kann ein ausländischer Ehepartner erst in Kanada die kanadische Staatsbürgerschaft erwerben.

CDU Nordbaden an Jakob Kaiser

Karlsruhe, Abg. Heinrich richtete im Namen der CDU Nordbaden an Jakob Kaiser folgendes Telegramm: „Der auf Ihrem Rücktritt zielende scharfe Druck höchster Stellen einer Besatzungsmacht und der SED-Presse hat in Nordbaden helle Empörung und Ihre Haltung in der Frage des Volkskongresses volle Bewunderung ausgetobt. Ihre Einstellung entspricht der unserer. Wir stehen in Verbundenheit treu zu Ihnen und hoffen, daß Sie den Kampf um das Deutschland in der Ostzone bestreiten.“ (SAL)

Proteststreik in Heilbronn

Heilbronn, 18. Dez. (Dena.) Die Heilbronner Betriebe einschließlich der Ernährungsbetriebe streikten am Donnerstag von 11 bis 12 Uhr auf Grund der völlig mangelhaften Versorgung der Arbeiterschaft des Heilbronner Industriegebietes mit Schutzwirk und Kleidung.

Welt-Rundschau

Washington, (AP.) Der Bau des ersten amerikanischen Jagdflugzeuges mit einem englischen „rolls royce“ Turbinen-Dieselmotor wurde von der amerikanischen Marine bekanntgegeben.

London, (AP.) Von maßgebenden Regierungskreisen wurde erklärt, daß das britische Kabinett als Folge des Versagens des Außenministeriums zu einer Einigung über die Zukunft Deutschlands zu gelangen, wahrscheinlich am Donnerstag „ihre gesamte Außenpolitik einer Nachprüfung unterziehen werde.“

London (Dena-Reuters). Der bulgarische Ministerpräsident Georgi Dimitrow erklärte am Dienstag anlässlich der Unterzeichnung des bulgarisch-albanischen Paktes laut Radio Sofia vor einer Massenversammlung in Plovdiv, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien und Rumänien würden gemeinsam alle imperialistischen Pläne zunichte machen. „Sie marschieren Schulter an Schulter und Hand in Hand und, falls notwendig, mit Waffen in den Händen“, sagte Dimitrow.

Paris, (AP.) Der von seinem Posten zurückgetretene britische Botschafter Duff Cooper verließ am Donnerstag Paris, um sich nach London zu begeben.

Frankfurt, (Dena.) Noch 100 000 Deutsche leben wie CATENA bekannt gab, in den tschechoslowakischen Grenzgebieten.

Breslau, (AP.) Der gegenwärtig in Breslau tagende polnische Sozialistenkongress machte sich den sowjetischen Standpunkt auf der Außenministerkonferenz zu ei-

Nach der Vertagung der Konferenz

Bevin: Die Türe nicht geschlossen — Prawda: Marshall verfolgt imperialistische Ziele

London, 18. Dez. (Dena-Reuters) Der britische Außenminister Ernest Bevin betonte vor dem britischen Unterhaus in seinem Bericht über den Fehlschlag der Londoner Konferenz, Großbritannien habe weder die Absicht noch den Wunsch, eine Spaltung der Welt herbeizuführen. Der Abschluß der Konferenz und die Art und Weise der Vertagung würden ohne jeden Zweifel viele Leute zu „Jerkhaften Nachdenken“ bringen. „Wir können nicht so weitermachen wie bisher“, erklärte der britische Außenminister. „Wir hatten gegen jede Aussicht immer noch gehofft, daß eine Viermächte-Zusammenarbeit funktionieren werde. Fast die ganze Welt kann eine Grundlage für ein Übereinkommen finden und sie alle können nicht unrecht haben. Großbritannien wird die Türen nicht schließen, sondern alle Verbindungen aufrechterhalten und ihr Bestes tun, um die notwendige Einheit herzustellen.“

Prawda greift Marshall an

Moskau, 18. Dez. (Dena-INS) Das Organ der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion „Prawda“ beschuldigte in einem Bericht ihres Londoner Korrespondenten den amerikanischen Außenminister, George C. Marshall, im Rahmen eines Programms zur „Kolonialisierung“ Europas durch die USA den Plan verfolgt zu haben, die Außenministerkonferenz „aufzugeben zu lassen“. Außenminister Marshall sei mit dem Entschluß nach London gekommen, heißt es unter anderem, „die amerikanische Politik zur Schaffung eines imperialistischen Friedens hinter der Autorität des Außenministeriums zu verbergen“. Die amerikanische Delegation habe gehofft, eine „Kolonialpolitik“ in Westdeutschland durchzuführen, wo die Besatzungsbefehlshaber sich bemühen, als ob sie in Puerto Rico oder auf den Philippinen wären. Marshall, der die britischen und französischen Vertreter am Halfter geführet habe, beschuldigte anschließend, auch der sowjetischen Delegation „hinter Willen“ auszukübeln. „Die amerikanische Sense“, so behauptet die „Prawda“ in diesem Zusammenhang, „ist aber auf den sowjetischen Stein gestoßen.“

Französische Auffassungen

Paris, 18. Dez. (Dena-Reuters) Der französische Sozialistenführer Leon Blum

schreibt im „Le Populaire“, der Fehlschlag der Londoner Außenministerkonferenz sollte als eine Ruhepause angesehen werden, während der alle friedliebenden, vernünftigen und humanen Kräfte in der Welt Atem holen und sich auf eine neue Anstrengung konzentrieren müßten. „Dies ist unsere Pflicht als Franzosen wie als Sozialisten“, sagte Blum und fügte hinzu, Frankreich und Großbritannien seien am besten dafür geeignet, diese Anstrengungen auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet zu unternehmen. „Man benötigt keine Probleme“, so betonte er, „durch die einfache Feststellung, daß man ihnen nicht zustimmt. Die Probleme bestehen, sie bleiben, sie erfordern eine Lösung.“

In der Zeitung der MRP, „L'Aube“, bezieht sich Maurice Schuman auf den Vorsitzenden der SPD Kurt Schumacher, der in Hannover bei einer Rede Europa auf aufmerksam gemacht hatte, daß der westdeutsche Staat kein Ziel, sondern ein Anfang sei, und erklärt, dies sei nicht nur vernünftig, sondern auch unvermeidlich und im gewissen Sinne annehmbar. Denn niemand beabsichtige,

den Wiederaufbau Deutschlands für die Dauer zu verhindern, jedoch sei es die Pflicht der Franzosen, zu fragen: „Was für ein Deutschland und zu welchem Preis?“ Nur wenn die territorialen und wirtschaftlichen Sicherheit Westeuropas am Rhein verankert werde und das zukünftige Deutschland 50 Prozent und nicht unipolar sei, könne Frankreich der Errichtung eines westeuropäischen Staates zustimmen.

Marshall nach USA abgeflogen

London, 18. Dez. (Dena-Reuters) Außenminister Marshall hat am Donnerstag in Begleitung des amerikanischen Botschafters in London, Lewis Douglas, seinen Rückflug nach den Vereinigten Staaten angetreten. Vor dem Abflug erklärte Marshall: Ich bedaure es sehr, daß wir keinen Erfolg hatten und daß die Außenministerkonferenz kein greifbares Resultat gebracht hat. Ganz besonders bedauere ich es, daß wir nicht einige grundlegende Entscheidungen treffen konnten, die Deutschland und darüber hinaus ganz Europa in diesem Winter viel geholfen hätten.

Landtag: Wirtschafts- und Finanzhaushalt

Annahme weiterer Einzelpläne — Freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft?

Stuttgart, 18. Dez. (Rtg. Ber.) In den Mittwoch- und Donnerstag-Sitzungen des Landtags wurden die Einzelpläne der Wirtschaft-, Finanz-, Justiz-, Arbeits- und Verkehrsverwaltung der Landesbezirke Württemberg und Baden beraten und mit den Anträgen zum Finanzgesetz unter Bewilligung zahlreicher Abstriche und anderer Sparmaßnahmen angenommen. Die Behandlung der Wirtschaftsverwaltung führt zu einer grundsätzlichen Debatte zwischen den Vertretern der Plan- und freien Wirtschaftsauffassung und endigte mit einer die beiden Ansichten beantwortenden Stellungnahme der Wirtschaftsminister Dr. Veit, der auf die gegen die Zwangswirtschaft von allen Parteien erhobenen Vorwürfe antwortete: Je weniger Ware zur Verfügung stünde, desto größer müßte der Schweregrad der Apparate sein, der für eine gerechte Verteilung des Wenigen

verantwortlich sei. Je mehr aber die Produktion wieder in Gang käme, desto mehr könne der Verwaltungsapparat der Wirtschaft abgebaut und schließlich bei normaler Güterversorgung allmählich ganz aufgelöst werden. Für das kommende Jahr kündigte Minister Dr. Veit unter der Voraussetzung größtenteils Hilfeleistung des Auslandes eine Besserung der gesamten Wirtschaftslage an. Den Freunden der freien Wirtschaft, zu deren Vorgesprochen sich Abg. Vogelmann (DVP) machte, rief er zu, es sei völlig ausgeschlossen, in absehbarer Zeit zur löcherigen Privatwirtschaft zurückzukehren, da man das Gesetz der Freiheit und des freien Spieles der Kräfte bei dem heutigen Mangel an Ware und Gütern unmöglich einführen könne.

Abg. Dr. Knorr (SPD) sprach von einem wirtschaftlichen Expansionismus in der Wirtschaftsverwaltung Württembergs. Die Bewirtschaftung liefe sich tot und es funktioniere nichts. Abg. Vogelmann (DVP) sprach von einem permanenten Krieg, Hilfslosigkeit der öffentlichen Hand, die nicht mehr vertrauenswürdig sei und uns auch politisch diskreditiere.

In seinem Bericht über die finanzielle Situation Württembergs-Badens wies Abg. Möller (SPD) auf den vor allem durch den problematischen Goldüberhang entstandenen Ernst der Lage hin. Wenn sich bei den Einnahmen auch ein leichter Rückgang ergäbe, so bliebe doch dahingestellt, ob der tatsächliche Rückgang infolge der weiter eintretenden Schwelgerei, wie die Demontage, Kohlen- und Strommangel usw. nicht weit größer sein werde. Jetzt habe sich gezeigt, daß man durch Steuern keinen Goldüberhang beseitigen könne. — Abg. Dr. Häring (CDU) wies auf die Notwendigkeit einer produktiven staatlichen Arbeitslosenfürsorge durch Wohnungsbau usw. nach der Währungsreform hin. — Abg. Nuding (KPD) übte an der vieldiskutierten westdeutschen Verfassung Kritik.

Amerikanische Weihnachtsfreuden für Kinder

Bad Nauheim, 18. Dez. (Dena.) Hunderttausende deutscher Kinder werden während dieser und der nächsten Woche von amerikanischen Truppeneinheiten zu Weihnachtsfeiern und Bescherungen eingeladen. Mit Kleingeldstücken, Süßigkeiten, Spielsachen und Toilettengegenständen sollen die Gäste, die durchschnittlich bis zu 13 Jahren alt sind, auf diesen mit einem Festessen verbundenen Feiern beschenkt werden. Die Mittel zur Finanzierung der Weihnachtsgeschenke stammen zum Teil aus freiwilligen Spenden amerikanischer Familien, Zivilisten oder Soldaten, zum Teil aber auch aus diesem Zweck von amerikanischen Truppeneinheiten durchgeführte Veranstaltungen. So wurden in Berlin, Frank-

furt, München und Stuttgart bereits während der letzten Monate Sportwettkämpfe, Revueaufführungen und Wohltätigkeitsfeste veranstaltet, deren Erlöse dem sogenannten Weihnachtsfond zugute kam.

In Wiesbaden führten Angehörige einer Einheit der amerikanischen Luftstreitkräfte eine Wildschweinjagd durch, um ihren deutschen Weihnachtsgästen einen Braten vorsetzen zu können. Die für Bremer Kinder bestimmten Weihnachtsgeschenke stammen zum großen Teil von den Matrosen der in Bremerhaven liegenden Handelsschiffe, die 2000 Dollar dafür aufrachten. Außerdem trafen während der letzten Wochen täglich rund 50 Pakete, insgesamt zwanzig Tonnen, von Angehörigen der amerikanischen Soldaten in Bremen ein, die für die Verteilung auf Weihnachtseisen bestimmt sind. — 110 000 Kinder sollen im Militärdistrikt Frankfurt und rund 100 000 Kinder im Gebiet des Landes Bremen in den Genuss dieser Spenden kommen. In Stuttgart wurden annähernd 8000, in Wiesbaden 23 000 bis 25 000, in Mittel- und Oberfranken rund 21 700, in München etwa 40 000 und in Berlin rund 50 000 deutsche und DP-Kinder von den Amerikanern zu Weihnachtseisen eingeladen. In Berlin wird außerdem noch eine Weihnachtsfeier von den Alliierten gemeinsam veranstaltet, an der neben 400 deutschen Kindern die Kinder der Angehörigen der vier Besatzungsmächte teilnehmen werden.

Truman will 17 Milliarden Dollars fordern

Washington, 18. Dez. (Dena-Reuters). Präsident Truman wird, wie man annimmt, den amerikanischen Kongress ersuchen, ein Hilfsprogramm in Höhe von 17 Milliarden Dollar für die gesamte vierjährige Laufzeit des Marshall-Planes für den europäischen Wiederaufbau zu genehmigen. Er soll ferner um eine Sonderbewilligung von etwa 1 Milliarden 200 Millionen Dollar einkommen, die für die Deckung der Ausgaben der ersten 15 Monate des Programms bestimmt sind. Von amtlicher Seite wurde erklärt, das Budgetbüro habe der Regierung empfohlen, den Kongress um Billigung einer be-

stimmten Summe für das Hilfsprogramm zu ersuchen, statt den ursprünglichen Vorschlag aufrecht zu erhalten, worin die Zahlen nur annähernd angegeben wurden.

Außenminister Marshall hatte dem Kongress im November erklärt, ein Vierjahres-Hilfsprogramm, beginnend am 31. März 1948 werde wahrscheinlich zwischen 16 und 20 Milliarden Dollar erfordern. Er und andere Regierungsbesetzte wollten sich nicht auf noch genauere Zahlenangaben festlegen, da die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sowie andere Faktoren zu unklar seien.



Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US WB 112 Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion) Verlag „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2001 und 2002 Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

Streitfrage, Zentralregierung

Die Beratungen in London konzentrierten sich unter anderem auf die Frage, ob zuerst eine deutsche Zentralregierung geschaffen und dann ein Friedensvertrag ausgearbeitet werden soll oder umgekehrt. Während Rußland unbedingt in dieser Reihenfolge verfahren wollte, stimmte Amerika nur unter gewissen Vorbehalten zu, England und auch Frankreich dagegen wollten den Friedensvertrag von einer eventuellen deutschen Zentralregierung abhängig machen. Im Grundsätzlichen sind sich Marshall, Bevin und auch Bidault darin einig, daß eine Regierung mit großen zentralen Befugnissen nicht wünschenswert sei. Insbesondere Frankreich betont sein Sicherheitsverlangen und sieht in der Tatsache von 70 Millionen zentral regierten Deutschen einen Machtfaktor, der auch von einer noch so demokratisch gesonnenen Regierung einer französischen Politik Schwierigkeiten bereiten würde. Das Hauptargument der drei Großmächte besteht darin, daß angeblich eine deutsche Zentralregierung die besten Voraussetzungen für eine Diktatur bilde.

Dieser Fehlschluß wird klar, wenn man die Entwicklung Preußen-Deutschland betrachtet. Das Land Preußen war vor der Schaffung des Deutschen Reiches nicht weniger militäristisch als nachher. Preußen begann 1870 den Krieg, als es noch keine Zentralregierung gab. Trotzdem gelang es Preußen, Bayern und andere Länder als Combatanten zu gewinnen. Darüber hinaus aber muß gesagt werden, daß der Nationalsozialismus im Schoße der Länder geboren wurde. Die Zentralregierung der Republik bot Hitler vorerst weniger Möglichkeiten als Thüringen oder Braunschweig. Diese Länder „legalisierten“ Hitler, und die Entwicklung des Nationalsozialismus bewies, daß es ihm leichter wurde, Deutschland von der Provinz her zu erobern als von Berlin aus. Erst dann, wenn die „autoritäre Infiltration“ sehr weit fortgeschritten ist, erleichtert eine zentrale Apparatur der zur Diktatur strebenden Partei die Übernahme der Macht. Anschließend spielen bei den Alliierten aber noch andere Überlegungen eine Rolle. Wenn Moskau so betont darauf dringt, zuerst und überhaupt eine deutsche Zentralregierung zu schaffen, mag man auf der westlichen Seite den Verdacht haben, Rußland könnte sich hierbei einen besonderen Erfolg in der Durchführung seiner Ideologie versprechen. Berlin als allein in Frage kommende Hauptstadt und als Sitz dieser zentralen Regierung wäre, behielte man die heutige Situation bei, nicht nur räumlich von Kommunisten umgeben. Deshalb müßte der Schaffung einer Zentralregierung die gleichmäßige Besetzung Deutschlands durch alle vier Mächte vorausgehen, sofern man überhaupt die weitere Besetzung für notwendig hält. Solange die wahren Absichten Rußlands nicht deutlich erkennbar sind,

dürfte es kaum einen anderen Weg geben. Faire Wahlen unter demokratischen Voraussetzungen böten den Kommunisten heute weder in der Ost- noch in der Westzone eine Chance zu einem größeren Erfolg, ein fait accompli würde die gleichmäßige Besetzung zu verhindern wissen.

Unverkennbar ist, daß eine Zentralregierung besser in der Lage wäre, die Lasten des Friedensvertrages gleichmäßig zu verteilen und jeden Versuch zu vereiteln, zu Ungunsten der übrigen „auszustiegen“. Ebenso würde es selbstverständlich zur Aufgabe dieser Zentralregierung gehören, an der Lockerung alten harter Bedingungen zu arbeiten. In den Ländern, bei den Ministerpräsidenten und Landtagen würden doch erst einmal recht lokale Gesichtspunkte gegeneinander ausgespielt werden. Schon jetzt hat der Partikularismus in Deutschland manche mitunter beschämende Blüten hervorgebracht.

Nach der Bekanntgabe des Friedensvertrages wird es unendlich schwerer sein, eine Zentralregierung zu schaffen, weil eine eifrige Demagogie die Schaffung dieser Zentralregierung sofort mit der Erfüllung des Friedensvertrages verknüpfen würde. Es ist daher nicht, wie allgemein behauptet wird, wichtiger, vor der politischen die wirtschaftliche Einheit herzustellen, sondern es ist wichtig, beides zugleich zu schaffen.

Wer nur politisch voneinander unabhängige, aber wirtschaftlich verbundene Länder bestehen lassen will, trägt der mangelhaften politischen Erfahrung des Großteils unserer Politiker nicht Rechnung, er bedenkt auch nicht die Kompetenzsucht, die Eitelkeit und die Eifersucht, die unser politisches Leben heute vergiften. Nur ein Deutschland ließe sich reibungslos in einen europäischen Staatenbund einfügen, nicht aber siebzehn. B.

Erfolgreiche Korrespondenz

Dem Bremer Arbeitsamt, der bisher einzigen deutschen Behörde, die mit deutschen Kriegsgefangenen in England korrespondiert, schrieb ein FV: „Während die Zahnscheibchen oder bereits Heimkehrern schon längst die Möglichkeit gehabt haben, sich einen Spruchkammerverfahren zu unterwerfen, müssen die neuen Heimkehrer sich hüten anschlüssen und verlieren kostbare Zeit bei der Wiederengliederung in das zivile und Berufleben.“ Das Arbeitsamt bemühte sich sofort, diesem Umstand abzuhelfen und konnte jetzt antworten: „Wir haben uns an den Hauptanleger in Bremen gewandt mit dem Vorschlag, die Spruchverfahren für belastete Heimkehrer bevorzugt zu bearbeiten. Unsere Eingabe hatte Erfolg, und wir freuen uns, auch mitteln zu können, daß für Bremer Heimkehrer diese Verfahren unverzüglich durchgeführt werden.“

Ein weiterer Erfolg, den die fortschrittliche Bremer Behörde erreicht hat, ist das jetzt gewährte Zugangsrecht für Heimkehrer, die während ihrer Militärzeit in Bremen geheiratet haben und nicht mehr zu Eltern oder Verwandten in die deutschen Ostgebiete zurückkehren können. (Dena.)

Der Mann mit goldenem Gehirn

Eine Legende / Von Alphonse Daudet

Es war einmal ein Mann, dessen Gehirn aus Gold war; als das Kind zur Welt kam, glaubten die Aerzte nicht, daß es leben könnte, so schwer war sein Kopf und so groß sein Schädel. Dennoch blieb es am Leben und wuchs in der Sonne heran wie ein Olivenbaum; nur sein dicker Kopf machte ihm viel zu schaffen, und man hatte Mühe, wenn man sah, wie es sich beim Gehen an allen Möbeln anklemmte. „Es bel oft. Eines Tages rollte es eine hohe Treppe hinab und schlug mit seiner Stirn gegen eine Marmorsäule, auf der sein Schädel widerhulle wie ein Barren Metall. Man hielt es für tot aber als man es aufhob, entdeckte man nur eine leichte Schramme, und zwei bis drei Tröpfchen geronnenes Gold klebten in seinem blonden Haar. So erfuhren die Eltern, daß es ein Gehirn aus Gold besaß.“

Die Sache wurde aber geheimgehalten; der arme Kleine hatte keine Ahnung davon. Manchmal fragte er, warum er nicht mit den anderen Jungen auf der Straße spielen durfte. Man würde sich stehlen, mein Schätzchen! ... antwortete ihm seine Mutter. Da hätte der Kleine große Angst, daß er gefoltert werden könnte; er spielte wieder allein, ohne ein Wort zu sagen, und schliefte sich mühsam von einem Zimmer ins andere ...

Erst als er achtzehn Jahre alt war, offenbarten ihm seine Eltern, welche außerordentliche Gabe er vom Schicksal mitbekommen hatte, und da sie ihn bis zu diesem Tage erzogen und ernährt hatten, verlangten sie von ihm als Gegengabe ein wenig von seinem Gold. Der Junge sörgerte nicht; sofort — man weiß nicht wie und mit welchen Mitteln, die Legende berichtet darüber nichts — riß er aus seinem Schädel ein Stück

geliebten Goldes, ein Stück, so groß wie eine Nuß und warf es seiner Mutter stolz in den Schoß ... Dann verließ er, ganz geblendet von den Reichthümern, die er im Kopf trug, voll toller Wünsche und trunken über seine Macht, das väterliche Haus, zog in die Welt hinaus und verwechdelte seinen Schatz.

Er führte ein wahrhaft königliches Leben und streute sein Geld mit vollen Händen aus, ohne es zu zählen. Man hätte glauben können, sein Gehirn sei unerschöpflich ... Dennoch nahm es ab, und in gleichem Maße erlosch der Glanz seiner Augen, und seine Wangen felen ein. Schließlich, eines Morgens, nach einer tollen Schweißerei, allein zwischen den Überresten des Gelages und dem verblassten Licht der Kronleuchter, erschrak der Unglückliche über die gewaltige Lücke in seinem Goldhirn; es war hohe Zeit aufzubrechen.

Von da ab begann er ein neues Leben. Der Mann mit dem goldenen Gehirn lebte im Verborgenen von der Arbeit seiner Hände, argwöhnisch und furchtsam wie ein Geizhals, er forsch die Versuchungen und verzochte sogar, seine unseligen Reichthümer, die er nicht mehr anrühren wollte, zu vergessen ... Unglücklicherweise war ihm ein Freund in die Einsamkeit gefolgt, und dieser Freund kannte sein Geheimnis.

Eines Nachts wurde der arme Mann ganz plötzlich durch einen Schmerz im Kopf aus dem Schlaf gerissen, einen ganz furchtbaren Schmerz; er richtete sich bestürzt auf und sah beim Mondscheln, wie sein Freund stichtete und etwas unter seinem Mantel verbarg.

Man hatte ihm wieder ein Stück von seinem Gehirn geraubt ...

Nach einiger Zeit verliebte sich der Mann mit dem goldenen Gehirn, und nun war alles aus ... Er liebte von ganzem Herzen eine kleine blonde Frau, die ihn wohl auch liebte, aber noch mehr Spitzen, weiße Straußeneier und goldklee-

Mister Speaker, der Präsident des englischen Unterhauses

Besuchern des Unterhauses vergißt man bei der Erklärung der parlamentarischen Gebräuche in England nie zu präzisieren, daß der Speaker der einzige Abgeordnete ist, der im Verlauf der Debatten niemals das Wort ergreift. Seine Autorität ist weit bedeutender als die eines gewöhnlichen Parlamentsvorsitzenden. Er ist in der Tat eine der wichtigsten und mächtigsten Persönlichkeiten des Königreichs. Gleichzeitig aber lebt er wie ein Gefangener in den prunkvollen Räumen des Westminsterpalastes. Es zahlt zu seinen Aufgaben, über die historischen Traditionen des britischen Parlaments zu wachen, zugleich aber ist auch er, der die gewagtesten Reformen einführt, und gerade kürzlich machte er wieder von sich reden, als er auch den Hosen tragenden weiblichen Besuchern erlaubte, die Zuschauertribüne zu betreten.

Diese dem Bewohner des Kontinents unbegreiflich erscheinenden Widersprüche treten schon bei der ersten Sitzung des Labour-Parlaments zutage. Die Wahlsieger zogen damals unter dem Gesang der „Roten Fahne“ im Sitzungssaal ein. Danach besaßen sie sich, zum unbestrittenen Herrn und Meister der Debatten den konservativen Abgeordneten Oberst Clifton-Brown zu wählen, der von jeher als ein ausgesprochener Gegner der Sozialisten bekannt war. Der Tradition gemäß setzte der Speaker den beiden Abgeordneten, die ihn von seiner Bank zum Präsidentensessel führten, die bestmögliche Gegenwehr entgegen. Diese parlamentarische Komödie ist ein Überbleibsel aus der Zeit, in welcher der Speaker wirklich seinen Titel verdiente, weil er nämlich den Auftrag hatte, im Namen der Staatsbürger vor dem Könige das Wort zu ergreifen, der nicht selten den Sprecher der Volkvertreter einsperren oder sogar enthaupen ließ, wenn er mit dem Parlament in Konflikt war.

Die Tatsache, daß die Labourabgeordneten den gleichen Präsidenten, der einige Jahre vorher von den Konservativen gewählt worden war, in seinen Funktionen belieben, erklärt sich sehr einfach. Die Regel will es nämlich, daß der einmal gewählte Speaker sich über alle Parteistreitigkeiten stellt, und dieses Prinzip ist während mehrerer Jahrhunderte getreulich eingehalten worden. Die völlige Unparteilichkeit ist aber nicht die einzige Qualität, über die er bei seinen delikaten Funktionen verfügen muß. Es ist auch nicht unbedingt notwendig, daß der Speaker eine genaue Kenntnis aller im englischen Parlamenten abgehandelt gewöhnlich verwickelten Regeln des Verhandlungsverfahrens besitzt.

Eine der gebräuchlichsten dieser Re-

geln verbietet es, irgendein Mitglied des Unterhauses mit seinem Familiennamen anzusprechen. Es ist zum Beispiel nicht möglich, einfach einem von „Herrn Churchill“ vorgebrachten Argument zu begegnen. Man muß sich in diesem Falle an das „ehrenwerte Mitglied des Wahlkreises von Woodford“ wenden. Man kann sich leicht vorstellen, welche Probleme die Einhaltung dieser Regel aufwirft, wenn im Unterhaus auf einen Schlag nicht weniger als 28 neue Abgeordnete einziehen. Trotzdem gelang es dem Obersten Clifton-Brown, sie nach überraschend kurzer Zeit auszusondern zu halten, obwohl es nicht weniger als acht Williams, sieben Smiths, sieben Davies, fünf Thomases, fünf Taylors, fünf Roberts und fünf Browns gibt.

Dem Speaker müssen die unabhägigen, im Parlament verbotenen oder gefährlichen Beziehungen geläufig sein. So darf zum Beispiel kein Abgeordneter einen seiner Kollegen einen „Verleumder“ nennen, wogegen es durchaus gestattet ist, zu sagen, daß die Worte des Gegners verleumderisch sind. Es ist ferner verboten, einem Abgeordneten seine „Lügen“ vorzuerwerfen, aber nichts ist leichter, als darauf hinzuweisen, daß seine Behauptungen weit von der Wahrheit entfernt sind. Auf diesem Gebiet entstehen immer wieder neue Probleme, und der Speaker muß über die Geschicklichkeit verfügen, sofort darüber zu entscheiden, was mit den noblen Traditionen in Vereinbarung gebracht werden kann und was nicht. Seitdem der neue Speaker sein Amt angetreten hat, verfügte er unter anderem, daß es den Abgeordneten während der Sitzungen verboten ist, Nüsse zu knacken, Chewinggum zu kauen oder Orangen zu schülen. Er hatte jedoch nichts dagegen einzuwenden, als ein Abgeordneter vor den Augen seiner Kollegen zwei frische Heringe auspackte, die er zur Verstärkung seiner Argumente benötigte.

Die außerordentlichen Fähigkeiten und die unerhöhlliche Arbeit des Speakers finden ihre Belohnung in dem bedeutenden Prestige, über das er verfügt. Er bewohnt nicht weniger als 30 Zimmer im Westminsterpalast. Er besitzt eine Kasse, die über die des Königs und des Lord-Mayors von London. Allerdings hat dieses antike Gefährt den Nachteil, daß es keine Bremsen besitzt. Was die Räume seines Appartements anbelangt, so lassen sie in mehr als einer Beziehung das Prunkschloß zum Gefängnis werden. Der Speaker hat — wenigstens theoretisch — nicht das Recht, die Gebäulichkeit ohne besondere Genehmigung des Unterhauses zu verlassen. Außerdem ist es ihm streng verboten, die Salons,

Bars und Restaurants der Abgeordneten zu frequentieren, um den unparteilichen Charakter seines Amtes bis zum Äußersten zu wahren.

Während der Sitzungen dagegen besitzt der Speaker eine absolute Autorität über alle Abgeordneten, und selbst der Ministerpräsident muß sich ohne Widerrede seinen Entscheidungen beugen. Diese unerlässliche Unterwerfung war nicht immer nach dem Geschmack von Winston Churchill. Der frühere Regierungschef mußte sich wiederholt gefallen lassen, heftig angefahren zu werden, und erst vor kurzem warf ihm der Speaker vor, daß er versucht habe, außerhalb der Reihe zu Wort zu kommen. Er nahm den Verweis nicht ohne Murren hin.

An jedem Nachmittag hört man in den Gängen des Unterhauses den heftigen Wiederhall lauter Stimmen, die die Ankunft von „Mister Speaker“ ankündigen. Jede Sitzung findet ihre Eröffnung durch diese traditionelle Profession. Während alle Versammelten ihre Hüpfer entblößen, sieht man den „Sergeant-at-arms“ in kurzer Hose, mit Seidenstrümpfen und Schuhen mit Silberbeschnitten erscheinen. Um die Schultern trägt er die schwere Masse der Silberketten, welche die hohe Macht des Unterhauses symbolisieren, und an seiner Seite den Degen, das Zeichen des „Politisten“ des Parlaments. (Aep)

Die Lochung der Kennkarte

Stuttgart, 18. Dez. (Eig. Ber.) Das Innenministerium hat im Konvernehmen mit dem Ministerium für politische Befreiung an die untergeordneten Ämter eine die neue Kennkartenlochung betreffende Regelung herausgegeben, demzufolge Kennkarten von Hauptschuldigen, Belasteten und Minderbelasteten in den Fächern I, II oder III zu lochen sind. Außerdem muß die Karte Belastungsgruppe und Sühnemaßnahme enthalten. Die entsprechende Lochung in den Fächern 8 bis 15 unterbleibt vorläufig. Kennkarten, auf denen diese Lochungen bereits durchgeführt sind, bleiben unverändert. Die Kennkarten aller Personen, die nach rechtskräftiger Spruchkammerentscheidung Einstellungsbescheid oder N.-B.-Bescheid weder zu den Hauptschuldigen noch zu den Belasteten oder Minderbelasteten gehören, werden nicht gelocht, sondern erhalten den Ausdruck „Politisch überprüfbar“. Kennkarten, die in Fach V gelocht wurden, werden überkürzt. Die Kennkarten von Jugendlichen, die nach dem 8. März 1938 geboren sind, erhalten den Vermerk: „Von politischer Überprüfung befreit“. Das Innenministerium hofft, die gesamte Lochungsaktion im Zeitraum eines Jahres erledigen zu können. (A.)

Die Urlauber aus Frankreich

Baden Baden. Dem ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, die sich als freie Arbeiter zur Arbeitsaufnahme in Frankreich gemeldet haben, ist ein zehntägiger Urlaub zum Besuch ihrer Angehörigen in Deutschland erteilt worden. Gegenwärtig treffen bereits die ersten Urlauber in den Grenz- bzw. Übergangsstationen in der französischen Zone Deutschlands ein, von wo die Urlauber sofort die Weiterreise antreten. Da sich 150 000 ehem. deutsche Kriegsgefangene in Frankreich zur Arbeitsaufnahme gemeldet haben und die Urlaubsdauer bis 1. März 1948, in dringlichen Fällen bis 1. April 1948 läuft, dürfte in vielen deutschen Familien ein Urlaub aus Frankreich zu erwarten sein. Nach den für sie geltenden Bestimmungen sind sie berechtigt, 40 Pfund Reisegepäck mit sich zu führen, davon die Hälfte in Lebensmitteln, dazu 400 Zigaretten oder 400 g Tabak, Geschenkgegenstände wie Schmuck oder Andenkenartikel, ein Musikinstrument, 40 Mark und 500 Francs zur Bestreitung des Unterhalts auf der Reise und außerdem noch das bei ihrer Gefangennahme gehabte Bargeld. Die deutschen Arbeiterurlauber aus Frankreich erhalten den zehntägigen Urlaub ohne Bezahlung, reisen aber auf französischem Gebiet kostenfrei. Diejenigen deutschen Arbeiter, die ihren Urlaub in Frankreich verbringen wollen, bekommen ohne weiteres diesen Wunsch — erfüllt. (nt)

der Erneuerung von Carl Orffs „Die Kluge“

(im Verein mit Blachere „Die Flut“), wobei sein Beitrag zum „musikalischen Theater der Gegenwart“ erneut Intendant Heinrich Köhler-Heffrich als einen Meister der Operne und eines „Heidelberger Opernstars“ erwies, wie er zum Abschluß der Woche in der mit strömlichem Beifall aufgenommenen Inszenierung von Hermann Reutter's Oper „Dr. Johannes Faust“ sich wiederum dokumentierte. Dr. Wehagen.

Tragische Liebe in Deutschland

Als einzige Bühne im nordbadischen Raum unternahm es die Intendantin der Städt. Theater in Heidelberg, des 190. Geburtstages von Heinrich Heine in einer Feierstunde zu gedenken, die leider mit der gleichzeitig stattfindenden Gedenkfeyer für Richard Huch (die der Kulturbund veranstaltete) zusammenfiel, so daß sich nur eine kleine literarische Gemeinde zusammengefunden hatte, den knapp aber erschöpfenden Formulierungen über Wesen und Bedeutung des letzten Romanikers aus dem Munde des Literaturkritikers aus Stuttgarter Rundfunk, Gerhard Schäke, zu lauschen. Eine Ergänzung dazu bot die von Oscar Dimroth gebotene „Autobiographische Skizze“, während „Deutschland, ein Wintermärchen“ den „schicksalhaften Deutschen Ruhm“ in der ganzen Satire und Ironie des glänzenden Feuilletonisten Heine in den Blickpunkt von heute stellte — gelesen von den Herren Dimroth, Grau und Steinke (die freilich gut daran getan hätten, die Aussprache einer Reihe von schwierigen Namen sich durch den Dramaturgen mündgerecht machen zu lassen). Einen ungehörigen Genuß bot dafür Hugo Schäferschuchardt in der Wiedergabe von Schubertchen und Schumannschen Gesängen (Choreographin: Alfredo Bortoluzzi). Heidelberg bestand neben diesen künstlerisch hochstehenden Gastspielen ehrenvoll mit

Deutschland-Rundschau

Verleinte Westzonen

Stuttgart. Die Hauptverwaltung der Eisenbahnen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes (HVE) hat am 11. Dezember ihren Sitz von Bielefeld nach Offenbach (Main) verlegt. Einzelne Abteilungen der HVE müssen bei der Schaffung weiterer Unterkünfte vorläufig noch in Bielefeld bleiben.

Nürnberg (Dena). Das Bauerngericht in Weidenburg verfügte die erste Zwangsversteigerung eines schlecht bewirtschafteten Bauernhofes in Oberhochstatt (Bayern) auf die Dauer von sechs Jahren. Garmisch-Partenkirchen. (Dena). Der Leiter der hiesigen Militärregierung Oberst E. van Buskirk überreichte dem Kreis Garmisch zu Wohltätigkeitszwecken ein Geldgeschenk von 23 553 Mark, das aus Einnahmen amerikanischer Sportveranstaltungen stammt.

Frankfurt (Dena). Ein mittleres Militärgericht verurteilte den ehemaligen Kriminalrat und Leiter einer mit der Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus beauftragten Spezialabteilung der Frankfurter Polizei, Jakob Schwalm, wegen Fragebogenfälschung zu zwei Jahren Gefängnis.

Bad Nauheim. (Dena) Der britische Außenminister Bevin teilte laut BBC auf eine Anfrage im britischen Unterhaus mit,

daß die Zensur in- und ausländischer Post in der britischen Zone ab 1. März 1948 eingestellt wird.

Kiel. Kiel hat den zweitgrößten Schiffsbauhof der Welt. Bei Kriegsende lagen 248 Schiffwracks im Hafen mit einer Gesamttonnage von über 200 000. Weitere 100 Wracks liegen vor der Förde. Erst 48 Kranten gehoben werden. —(r)

Freudenstädte, Aus Stadt und Kreis. Weil ein Amtsbote in einer Freudenstädter Kreisgemeinde einem Einwohner nur eine statt mehrerer Lebensmittelpapieren ausgehändigt hatte, wurde der Beauftragte der Gemeinde in einem Zornanfall in den Straßensرابen geworfen und gewürgt; der Freudenstädter Amtsrichter verurteilte den Erregten zu 100 Mark Geldstrafe. — Infolge der Strombeschränkungen arbeiten im Kreise Freudenstadt 30 Betriebe weniger als 40 Wochenstunden. (A.)

sachen im Lampenlicht lockten und betrachtete lange zwei Damenschuhe aus blauem Atlas, die mit Schwanzepeln eingefüllt waren. „Ich kenne jemanden, dem diese Schuhe große Freude machen würden“, sagte er lächelnd zu sich selbst; und da er schon nicht mehr wollte, daß seine kleine Frau tot war, trat er ein, um sie zu kaufen.

In ihrem Nebenzimmer hörte die Verkäuferin einen lauten Schrei; als eilte herbei, fuhr aber entsetzt zurück, als sie einen Mann sah, der sich an den Ladenfenster lehnte und sie mit einem schmerzvollen, stumpfen Blick ansah. Er hielt die blassen Schuhe mit dem Schwanzepel in der einen Hand und strackte ihr die andere, blutige, entgegen, unter deren Fingernägeln abgeschabte Reste Gold hing.

Trotzdem diese Geschichte so phantastisch klingt, ist sie doch wahr vom Anfang bis zum Ende ... Es gibt in der Welt arme Leute, die dazu verurteilt sind, von ihrem Gehirn zu leben und mit gutem feinem Golde, mit ihrem Mark und ihrer Denkkraft die einfachsten Dinge des Lebens zu verkaufen. Das ist ein täglich wiederkehrender Schmerz, und wenn sie nicht mehr leiden wollen ...

Heidelberger Zyklus seitgenössischer Opernwerke

Mit einer Woche „seitgenössischer Opernwerke“ setzten die Heidelberger Städt. Bühnen ihr Bestreben fort, den Geist der Gegenwart und seine Spiegelung in der Oper lebendig zu machen. So brachte die Frankfurter Oper „Mathis der Maler“, Stuttgart Straßwinsky „Geschichte vom Soldaten“ und Karlsruhe Carl Orffs „Carmina burana“ — Kantate in szenischer Wiedergabe (Choreographin: Alfredo Bortoluzzi). Heidelberg bestand neben diesen künstlerisch hochstehenden Gastspielen ehrenvoll mit

Am Rande bemerkt

Das leidige Leibleiche zuerst: eine Gans fuhr Straßenbahn, eine richtige federvieherschloßweise, fette Gans mit roten Latschen. Am Marktplatz war sie froh, fröhlich, 'frei' zugezogen — unterm Arme eines dienstlich rotblaubemützten 'Hans im Glück'. Darauf der Schaffner zum Wagenführer: 'Das nächstemal gehen wir auch zur Eisenbahn ...; denn bei der Straßenbahn ist ja doch kein Gänsebraten zu gewinnen!'

So werden die heimlichen und offiziellen Stelldicheins nun wieder pünktlich sein: Treffpunkt Hauptpost, unter der Uhr — ein wichtiges Novum im Stadtbild.

Magst du einmal nicht Uhr, nicht Stelldichein, lieber für dich ganz allein — dann rat' ich dir zu einem Bummel durch den winterweißen Schloßgarten. Labst du deiner Mühsal Wiesen und Wege hat der Schnee sanft zudeckelt, alles Gestrüch liebevoll eingehüllt. Und von den Zweigen glitzert es märchenhaft. Denn es weihnachtet sehr. -h

Kleine Karlsruher Chronik

Durch schließlichen Einbruch in ein Lebensmittelgeschäft in Hagenfeld wurden eine größere Menge Lebensmittel aller Art und einige Waschmittel gestohlen.

Ein Einbrecher, der aus dem Amtsgerechtigt Kittingen zwei Schreibmaschinen gestohlen hatte, wurde hier durch eine Streife der Polizei gestellt und festgenommen. Die Maschinen konnten wieder beigebracht werden.

Anteilige festgenommen. Drei junge Burschen, die einen in einer Einzelfahrt in der Pulverstraße abgestellten Personenkraftwagen gestohlen hatten, wurden von einer Polizeistreife gestellt und festgenommen: der Wagen konnte dem Eigentümer zurückgebracht werden. — Auch der als gestohlen gemeldete Büsing-Lastkraftwagen ist inzwischen gefunden und Dieb, sowie Hehler, festgenommen worden.

Unfall. Ein 64-jähriger Reichsbahnbeamter zog sich beim Absteigen von der Straßenbahn eine so schwere Fußverletzung zu, daß der Fuß amputiert werden mußte.

Jugend-Rotkreuz. Jungen und Mädchen, von dem Willen durchdrungen, helfen zu wollen, haben sich im Sommer ds. Js. zu unserer Jugend-Rotkreuzgruppe zusammengeschlossen. Zum ersten Male in der Geschichte des hiesigen Roten Kreuzes führte Dr. Leibsch vom 1. September bis 4. Dezember einen 'Erste Hilfe-Kurs' mit einer Jugend-Rotkreuzgruppe durch. Die Abschlußprüfung bestanden zehn Mädchen und zwölf Jungen. Der Vorsitzende des Roten Kreuzes, Bg. Gernsmeier Dr. Ball, wies bei der Abschlußprüfung bei und gab seiner Freude über die gesunde geistige Einstellung der Jugend-Rotkreuzgruppe Ausdruck.

Der zweite Vortrag des Afrikaforschers Steinhardt mußte in den Bonifatiusaal verlegt werden, nachdem der Müssaal sich beim ersten Vortrag als nicht ausreichend erwies. Auch dieses Mal verstand es der Redner durch seine anschaulichen Schilderungen von Land und Leuten in Afrika und seiner zahlreichen Erkenntnisse die umfangreiche Zuhörerschaft, worunter sich eine erhellend große Zahl jugendlicher befand, zwei Stunden lang zu fesseln. Nicht minder interessant waren auch die zahlreichen Lichtbilder, die namentlich einen Einblick in die Arbeit der Biologen, sowie in die großen Siam-, Baumwoll-, Kaffee- und Zuckerkulturen gaben. Der reiche Beifall verband sich mit dem Wunsche, den Redner bald in weiteren Vorträgen zu hören.

Nordbadische Maler, Bildhauer, Graphiker

Wenn anders weniger, so doch im Spiegel dieser Ausstellung nordbadischer Bildkünstler der Gegenwart scheint sich so etwas anzudeuten, wie das Bedürfnis zum 'Frieden', den das kommende Fest auf Erden zu beschwören pflegt. Es geht bedächtig in diesem in den Sälen des Kunstvereins. Vielleicht wirkt auch die Möglichkeit des Anknüpfens weihnachtlich verbindend; in Bevorzugung der herbstlichen und winterlichen Landschaften Ruhe allerorten! Und so fest gegründet in der Sprache beispielsweise (Vollständigkeit der Auszeichnung) wirkt Kistersers schlichter Pinselstrich geradezu repräsentativ. Die Stille und Verwinkeltheit der Dorfstraßen-Idylle liegt hell in der Luft. Das sehr unauffällig hingehende verunschöne Atrium-Aquarel von Martha Kropf in ihrer ravissanten Technik schließt sich an. In der Faktur ein wenig kühnere Hühners (des 19-jährigen) Winterlicher Straße, die aber schon zu letztem Schauerzeit in ihrer frostdurchdrungenen Ruhe. Man blickt gern zu Karl Orielas sommerlich überleuchteter Ried-Auenlandschaft, oder auch zu Gertrud Senke mit ihren feilgeliebten Holzschneitten oberbayerischen Motive. Auch fehlt nicht das friedvolle Stillleben: Helmut Meyer, Albert Ludwig (Tosen) und Ella v. Schneiders-Johs (Sonnenblumen), die mit einem reizvoll schlichten Kinderkopfchen auf das Bildnis weist. Dieses packt nun Kiewitz weit robuster an: Damaubild: 'Werbung', Bauer mit Fischlingen als Komposition. Ihn übertrumpft an Eigenwilligkeit Arndt Rebel noch. Gessen Name auf der zweiten Seite betont sein Mühte — in diesem Rahmen wenigstens. Zuerständliches bleibt braver auch Erich W. Schroeter, der namentlich mit

Die neugewählten Karlsruher Stadträte

Von 111 812 Wahlberechtigten gingen 60 615 zur Wahlurne, was einer Wahlbeteiligung von 54,2% entspricht. Die 37 594 gültigen Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

SPD 25 227 (67,1%) Stimmen: 21 Sitze
KPD 4 897 (13,1%) Stimmen: 4 Sitze
CDU 14 477 (38,5%) Stimmen: 14 Sitze
DVP 11 693 (31,1%) Stimmen: 9 Sitze

Es wurden folgende Kandidaten gewählt:

- SPD: 1. Dr. med. Kappes, Frdr. 30 300 Stimmen, 2. Töpfer, Friedrich 29 710, 3. Möller, Alex 28 896, 4. Ritzert, Jean 27 318, 5. Walter, Hermann 27 035, 6. Dr. Dietrich, Hch. 26 963, 7. Heller, Gustav 26 672, 8. Hellmann, Jul. 26 612, 9. Fischer, Kunigunde 26 582, 10. Kona, Karl 26 508, 11. Stutz, Hellmut 26 182, 12. Moos, Alwin 26 143, 13. Hoffmann, Aug.-Franz 26 078, 14. Heiningen, Wenzl 25 906, 15. Zwicker, Theod. 25 876, 16. Unger, Oskar 25 774, 17. Fißler, Karl 25 478, 18. Meißner, Fritz 25 374, 19. Dr. jur. Meder, Paul 25 321, 20. Schwendiger, Walter 25 288, 21. Bernauer, Heinrich 25 149

- KPD: 1. Riedinger, Berthold 14 800 Stimmen, 2. Dietz, Friedrich K. H. 14 501, 3. Aschinger, Franz 14 430, 4. Heid, Fritz 14 400

- CDU: 1. Dr. Köhn, Siegfried 21 185 Stimmen, 2. Baur, Wilhelm 18 810, 3. Schwarz, Karl 18 805, 4. Dr. Werber, Friedrich 18 803, 5. Vollm, Johann 18 454, 6. Berggötts, Heinrich 18 387, 7. Kunert, Karl 17 992, 8. Dr. Kromer, Otto 17 984, 9. Sprauer, Franz 17 894, 10. Lepfert, Emil 17 860, 11. Dullenkopf, Otto 17 667, 12. Dillingert, Eduard 17 240, 13. Walch, Anna 17 209, 14. Jung, Bernhard 17 104

- DVP: 1. Kößler, Albert 23 234 Stimmen, 2. Dr. Trautwein, Karl 22 674, 3. Schopf, Willi 21 578, 4. Dr. Klotter, Karl 13 164, 5. Dr. Kößler, Herm. 12 089, 6. Dr. Sippel, Frdr. 12 056, 7. Dr. Raab, Rudolf 12 014, 8. Feis, Emil 11 958, 9. Müller, Franz 11 923

Versammlungstermine der Parteien
SPD. Grunewaldstr. 20, 12., 20.00 Uhr, 'Adler', Mitgliederversammlung
KPD. Mühlweg 21, 11., 17.00 Uhr, 'Krone', Kinderwehnschüler, Politiker d. Ostarr.
CDU. 22. 12., 18.00 Uhr, Parteilokal, Wehrlefeld
DVP. 23. 12., 14.00 Uhr, 'Donnerstock', Kinderwehnschüler.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Wahl!

Der Karlsruher Gelgenbauer Eugen Wahl Ehrenbürger der Fridericiana

Am Abend seines besonderen Ehrenfestes haben wir den weit über Karlsruhe hinaus bekannten Gelgenbauer Eugen Wahl aufgesucht: er hat uns freundlich lachend Einlaß gewährt. Schon siebzäh Jahre alt! Nicht zu glauben, wenn man ihm in seinem Schatzkästlein, seiner Werkstatt gegenübersteht. Und doch kann es kaum anders sein, da er schon die 68. Geige vollendet hat und doch erst 1918 mit dem Gelgenbau überhaupt begann — rein aus Liebhaberei; denn vorerst war er Holzschleifer und Tischler. Durch hat er sogar noch Theologie in Basel studiert. Aber nach der Meisterprüfung 1912 in Mannheim war der Bann gebrochen, ohne die akustischen Gesetze zu beachten, so experimentierte er nun über zwanzig Jahre lang, um schließlich exakte akustisch-physikalische Richtlinien aufzustellen. Zitat: 'Der Gelgenbau ist ein Handwerk, das in der Lehre geübt werden und jeder, der begibt ist, kann sich diese Richtlinien zu eigen machen. Zielbewußt schuf Eugen Wahl konzertfähige Geigen, wobei ihm die klassischen Modelle, die Stradivari, Amati, Guarneri Vorbild waren. Ein eigenes wundervolles, besonders klangvolles Modell setzte

Ungesetzliches Wiederaufbaurezept

Schwarzschlichter vor der Karlsruher Strafkammer — 15 Monate Gefängnis

Die verschiedenartige Auslegung des Begriffs 'Selbsthilfe' demonstrierte die am Mittwoch vor der Karlsruher Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Rother stattgefundenen Verhandlung, wobei sich vier Personen wegen Schwarzschlichtung zu verantworten hatten.

In Anbetracht, daß Haus und Scheune der Eheleute Mahler aus Friedrichtal ebenso unter den Pflügergriffen gelitten hatten, wie die von ihnen verwaltete Badeanstalt, bewies das Gericht viel Verständnis für den guten Willen der Angeklagten Min. M., die im November 1945 in Abwesenheit ihres Mannes unter Zuhilfenahme einiger Hilfskräfte daran ging, das Zerstückte wieder aufzubauen. Weniger allerdings für die Art und Weise der 'Grundsteinlegung', da nämlich Frau M. von einer Frau R. für 300 Mark eine Kuh kaufte und diese in einer Scheune von dem Mitangeklagten Metzger Adolf Büchliher schlachten ließ. Schwesterlich wurden die vier Zentner Fleisch zwischen Frau M. und Frau R. geteilt und beide waren zufrieden.

Nicht so ganz zufrieden war jedoch der inzwischen aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Ehemann Ernst Mahler, weswegen er im Februar 1946 eine zweite Kuh, zum Preise von 400 Mark schlichtete. Diese Schlachtung fand unter Beihilfe des Metzgers und Mitangeklagten Otto Hornung aus Friedrichtal statt. Bereits einen Monat später ging die dritte Kuh mit

einem Gewicht von vier Zentnern, von einem Viehhändler erstanden, zur Schlachtbank. Mit einer weiteren Verkümmern eines Bundes setzten die Angeklagten die Reihe ihrer Selbstversorgung fort, wobei sie nicht vergaßen, ein größeres Quantum einzuwecken. 'Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen', dachte M. und fuhr mit einem Reiseproviant, der sich sehen lassen konnte, im Herbst in die Pfalz, um dort bei der Weinerte mitzuhelfen. 300 Flaschen Wein waren — so behauptete der Angeklagte — der Lohn dafür. Der Wein schien dem Gericht zwar einen bedenklichen Beigeschmack nach Schwarzhandel, zumindest aber nach einem verbotenen Tauschgeschäft zu haben, doch konnte hierfür keine stichhaltigen Beweise erbracht werden.

In seinem Schlupfloch hielt der Staatsanwalt dem Ehepaar die egoistischen Motive ihrer Handlungsweise vor, auf Grund deren sie ungefähr zehn Zentner Schlachtgewicht der allgemeinen Versorgung entzogen hätten. Sie hatten sich dadurch eines Verbrochens im Sinne der Kriegsverbrauchsordnung schuldig gemacht. Berücksichtigt wurde bei der Beantragung des Strafmaßes, daß das Fleisch zum Großteil für die beim Bau des Anwesens Beschäftigten abgegeben wurde und ein ausstreichender Schwarzhandel demnach nicht nachzuweisen werden konnte. Für die über 70 Jahre alten Angeklagten B. und M., die sich beide der Beihilfe schuldig machten, wurde die Anwendung des Straffreiheitsgesetzes unter strengen Voraussetzungen berücksichtigt.

Das Urteil lautete gegen das Ehepaar M. auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, außerdem 1 Monat Untersuchungshaft, sowie je 2000 Mark Geldstrafe. Bei dem Mitangeklagten B. und M. erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens. K. M.

Erst Frost, dann Tauwetter

Übersicht! Der langsame Abbau des Hochs westlich von Irland läßt zunächst noch Kaltluft aus Nordosten in unseren Raum strömen, wobei der Frost vielfach durch nächtliches Aufklaren infolge Ausstrahlung noch verstärkt wird. Dann aber wird uns die atlantische Warmluft aus Nordwesten her erreichen, sodaß ein allmählicher Übergang zu Tauwetter bevorsteht. Hierbei kann es vorübergehend zu stärkerer Glatteisbildung kommen.

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Sonntagabend: Zunächst wechselnd bewölkt, teilweise aufklarend, einzelne Schneefälle. Tagestemperaturen knapp um 0 Grad, nachts Frost bis minus 3 Grad, bei Aufklaren bis minus 8 Grad. Nordöstliche Winde. Ab Samstag Bewölkungszunahme und Schneefälle, die langsam in Regen übergehen. Glatteisgefahr. Tiefsttemperaturen minus 2 bis 0 Grad. Höchsttemperaturen auf plus 3 Grad möglich. Nordwestlicher bis südwestlicher teilweise aufrischer Wind.

Württemberg-Badische Rundschau

Neues aus Alt Heidelberg

Die letzten Männer der Stadt geben anlässlich des Weibetages einen Überblick über die geleistete Arbeit und die Pläne für die Zukunft. Heidelberg hat, wie Oberbürgermeister Dr. Smarck sich ausdrückte, das seltsame Glück, aus dem Kriege, mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein. Von den Brücken abgesehen, blieb es im Kern unzerstört, was dazu führte, daß es in 'amerikanischem Tempo' zur Großstadt wurde: die Einwohnerzahl stieg von 84 000 im Jahre 1938 auf 115 000 heute. Angesichts dieser Zunahme ergibt sich selbstredend eine Fülle von Problemen. Die Wohnraumnot müßte reichlich zur Beförderung dieser Menschenmassen bei weitem nicht mehr

Freiburger Kontertont

Die chirurgische Klinik wurde nach Behebung der schweren Kriegschäden am 13. Dezember wieder in Betrieb genommen. — Die beiden neun und sieben Zentner schweren Glocken 'Johannes' und 'Jakobus' vom Münster, eine Glocke von St. Martin und zwei der Universitätskirche sind heimgekehrt. — Aus dem Alt-ber. das unter den Trümmern der Prälaten- und Bürgerhäuser der Herrenstraße gefunden wurde, ist von einem Goldwundermeister in Schwäbisch-Gmünd der neue Stab von Erbischhof Dr. Gräber, zu dessen goldenem Priesterjubiläum geschenkt worden. — Im Stadtfeld Mühlsteinen fallen zur Zeit die letzten Anlagen der Brennstoffnot zum Opfer. — Die Städtischen Bühnen brachten Revue 'Barbar von Sevilla' und 'Ibsens 'Wildente' in bemerkenswerten Neuproduktionen heraus.

Hier Radio Stuttgart

Tägliche Sendungen: Nachr. 6.45, 12.45, 18.45, 22.45. Stimme Amerikas: 8.00, 19.00. Suchdienst: 8.15 P.C.I.R.O. 11.30 Kinder. Aus den Tagesprogrammen: Freitag, 19. Dez.: 11.15 Prozesse d. Zeit; 17.00 Werke v. Wolf-Ferrari; 17.30 Aus d. Welt; 17.45 Kulturphilos B. Bens; 17.50 Anschläge; 18.15 Echo v. Baden; 18.30 Sport; 18.45 Parteien sprechen; DVP; 19.00 Entstehung d. Jazz; 19.30 Klavierkonzert; 19.45 v. Arp; 20.00 Pressestimmen; 20.30 Werke v. Hindel — Samstag, 20. Dez.: 8.00 Klaviermusik; 'Aus meinem Tagebuch' v. M. Regor; 13.30 Zeitl.; 18.00 Hunter Nachm.; 17.00 Anschläge; 19.00 Trio in H-dur v. J. Brahms; 19.30 Polit. Wochenbericht; 19.50 'Sohnen u. Abvater'; Schwab Hörspiel v. Schwerin; 22.00 Pressestimmen — Sonntag, 21. Dez.: 8.00 Landz.; 8.00 Ev. Gottesd.; 11.30 Universitätsr.; 14.15 Kinderf.; 15.00 Rundgang durch d. Kloster Beuron; 16.00 Hörspiel; 'Und d. Leben scheint in d. Finsternis' v. L. Tolstoj; 19.30 Sport; 22.00 D. Kritiker hat d. Wort; 23.00 Pressestimmen.

Aus den Konzertsälen

Den nächsten Kammermusikabend der Konzertreihe Neufeldl bestritt das Kergl-Quartett, unter Mitwirkung von Friedrich Midge, Oboe. Ausgezeichnet gefiel das zurechtfindende und leinerrwige Zusammenspiel von zweiter Violine, Viols

inneren Verletzungen. Sein streicher Beifahrer erlitt Prellverletzungen und einen Bruch des Nasenbogens und mußte ebenfalls ins Krankenhaus verbracht werden.

Behördenlicher Schwarzmarkt

Königsau. Den hiesigen Gastwirten ist vom Landeswirtschaftsamt Schnaps zum Preis von 80 RM pro Liter angeboten worden. Ein Gläser Schnaps würde daher dem Gast 2-4 RM kosten. Da der Absatz dieses teuren Getränkes in Frage gestellt sein dürfte, wird das Angebot kaum angenommen werden. Kjm.

Freiburger Kontertont

Die chirurgische Klinik wurde nach Behebung der schweren Kriegschäden am 13. Dezember wieder in Betrieb genommen. — Die beiden neun und sieben Zentner schweren Glocken 'Johannes' und 'Jakobus' vom Münster, eine Glocke von St. Martin und zwei der Universitätskirche sind heimgekehrt. — Aus dem Alt-ber. das unter den Trümmern der Prälaten- und Bürgerhäuser der Herrenstraße gefunden wurde, ist von einem Goldwundermeister in Schwäbisch-Gmünd der neue Stab von Erbischhof Dr. Gräber, zu dessen goldenem Priesterjubiläum geschenkt worden. — Im Stadtfeld Mühlsteinen fallen zur Zeit die letzten Anlagen der Brennstoffnot zum Opfer. — Die Städtischen Bühnen brachten Revue 'Barbar von Sevilla' und 'Ibsens 'Wildente' in bemerkenswerten Neuproduktionen heraus.

Wellenbotschaft D. Th. Wurms

Stuttgart, 18. Dez. (Dona) In einer Weihnachtsbotschaft, die der württembergische Landesbischof D. Theophil Wurm im Namen der evangelischen Kirche in Deutschland an die deutschen Kriegsgefangenen richtete, heißt es: 'Gefangenenschaft ist ein naturwüdriger Zustand, der die von Gott geschenkte Gebe menschl. Würde bedroht und darum den Menschen nicht nur schmerzt, sondern verliert. Wir sind Gefangene einer Gegenwart.'

Tödlicher Autounfall

Königsau. Auf der Reichstraße 19, unweit Hohenbach, geriet ein aus Richtung Merzenthalm kommender Jeep eines CIC-Besatzers der Militärregierung Königsau infolge hoher Geschwindigkeit ins Schleudern, drehte sich um sich selbst und prallte an einem Baum. Der Amerikaner wurde mit dem Bein eingeklemmt. Nach gerumelter Zeit erst konnte man ihn befreien. Er starb im Krankenhaus Merzenthalm an den erlittenen

Lokalredakteur: Helmut Haag, Karlsruher Redaktion: Waldstr. 23 Tel. 5050-8553. Anzeigenannahme und Vertrieb: Fa. Sekir, Karlsruhe, Kaiserstr. 16 Tel. 7991 (2-wöchentlich Kittingen, Kronenstr. 8, Tel. 612).

